Dr. Michael Meister

(A) Wir können nicht auf europäischer Ebene die Schuldenbremse anpreisen, wenn wir sie in unserem eigenen Verantwortungsbereich in Deutschland nicht leben. Deshalb: Auch in den Bundesländern muss an dieser Stelle Verantwortung gelebt werden.

(Bernd Scheelen [SPD]: Sehr gut! Fangen Sie an!)

Jetzt komme ich zu den Zukunftsinvestitionen. Ich glaube, im Hinblick auf die Zukunftsinvestitionen ist es dringend geboten, dafür zu sorgen, dass wir die Bildung stärken. Ich glaube, wir werden unseren Wohlstand nur dann wahren können, wenn wir besser ausgebildete Menschen haben, wenn wir für mehr Akzeptanz dafür sorgen, dass Menschen früher und länger im Berufsleben stehen, und wenn wir den Erwerbsanteil von Frauen steigern. Nur dann wird es möglich sein, dass genügend Menschen in Arbeit sind, die unseren Wohlstand, indem sie Steuern zahlen, auf Dauer finanzieren.

(Manfred Zöllmer [SPD]: Aha! Führen Sie deswegen auch die Herdprämie ein? Um die Frauen zu stärken?)

Wir sind dabei, die bestehenden Strukturen zu verändern.

Ich will Ihnen eines sagen: Unser Hauptproblem wird in Zukunft nicht die explizite Verschuldung sein; darüber haben wir heute viel diskutiert. Unser zentrales Problem wird zukünftig die implizite Verschuldung des Staates sein.

(B) (Gunther Krichbaum [CDU/CSU]: So ist es!)

Wir haben sie in den letzten sechs Jahren von rund 350 Prozent auf 290 Prozent des Bruttoinlandsprodukts reduziert. Aber diese Zahl kann uns noch nicht stolz machen. Es geht in die richtige Richtung. Dennoch müssen wir hier noch mehr erreichen. Das ist im Hinblick auf die Zukunft unseres Staatshaushalts unsere eigentliche Aufgabe. Deshalb wäre es richtig, uns gemeinsam dieser zentralen Aufgabe zuzuwenden, statt über Nachkommastellen zu streiten, die am Ende nicht die Grundfrage, ob unser Land in freiem Willen und selbstgestaltend in die Zukunft gehen kann, beeinflussen werden.

In diesem Sinne hoffe ich auf eine breite Unterstützung für diesen Haushalt. Ich hoffe, wir tragen damit dazu bei, dass wir gemeinsam ein gutes Jahr 2012 erleben werden.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:
Nicolette Kressl hat jetzt das Wort für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Nicolette Kressl (SPD):
Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Für solide Haushaltspolitik müssen beide Seiten betrachtet werden, die Einnahme- und die Ausgabenseite. Ich will gleich ganz kurz etwas zur Ausgabenseite anmerken. Ich hatte aber eigentlich gehofft, dass im Zusammenhang mit der Steuerpolitik nicht schon wieder die völlig verwirrenden Aussagen von Ihrer Seite hinterfragt und klargestellt werden müssen. (C)

(Joachim Poß [SPD]: Doch! Müssen sie!)

Herr Minister Schäuble, uns hat schon sehr irritiert – und wir wissen nicht genau, ob das Absicht war, um zu vernebeln; denn wir können nicht glauben, dass es Nichtwissen ist –, dass Sie ständig den Grundfreibetrag, das steuerliche Existenzminimum, und die Einschränkung der kalten Progression durcheinanderwerfen. Das sind zwei verschiedene Dinge, und ich finde, es ist eine Frage der politischen Ehrlichkeit, das auch klarzumachen.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Dr. Barbara Höll [DIE LINKE])

Die kalte Progression entsteht im Übrigen nicht allein durch Inflation. Das haben Sie gerade wieder so beschrieben. Schauen Sie einmal auf Ihre eigene Internetseite. Dort steht, dass Inflation und Lohnsteigerungen Voraussetzungen dafür sind. Sie haben uns auch auf mehrfache Nachfrage hin noch nicht darlegen können, wie hoch die kalte Progression im Moment durch das Zusammenwirken von volkswirtschaftlichen Lohnsteigerungen und Inflation ist. Ich finde, Sie sollten nicht ständig mit etwas argumentieren, wozu Sie nicht einmal Fakten vorlegen können. Das ist nicht real, das ist nicht solide. So geht das einfach nicht.

(D) (Beifall bei der SPD)

Herr Meister, das gilt auch für Ihre Behauptung: Wir wollen einmal sehen, wie die Sozialdemokraten zu der Verfassung stehen. – Wir haben schon immer deutlich gemacht, dass das steuerfreie Existenzminimum im Gesetz verankert werden muss.

(Dr. Michael Meister [CDU/CSU]: Na also! Da sind wir uns doch fast einig!)

Sie müssten aber doch auch wissen, lieber Herr Meister, dass wir mit dem Grundfreibetrag im Moment deutlich über den Berechnungen liegen, dass die nächsten Berechnungen erst 2012/2013 erfolgen und wir dann über 2014 reden. Sie orientieren sich doch nicht an der Verfassung, sondern verpacken Wahlgeschenke in Form des Existenzminimums.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich finde, Sie sollten das nicht durcheinanderbringen und die Menschen nicht so hinter die Fichte führen. Das lassen wir nicht mit uns machen. Steuerpolitik muss analytisch, logisch und stringent sein. Das, was Sie tun, ist einfach nicht in Ordnung.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Norbert Barthle [CDU/CSU]: Wir reden über einen Haushalt, den es noch gar nicht gibt!)

Nicolette Kressl

(A) Mir ist noch etwas aufgefallen – das ist mir jetzt schon noch einmal wichtig –: Herr Fricke, Sie stellen sich ernsthaft hierher und sagen,

(Norbert Barthle [CDU/CSU]: Er ist immer ernsthaft!)

man dürfe *der* Politik keine Steuermehreinnahmen geben.

(Otto Fricke [FDP]: Ja!)

Ich finde, 1,8 Prozent rechtfertigen diesen Populismus nicht.

(Beifall bei der SPD – Otto Fricke [FDP]: Was für 1,8 Prozent?)

– Was für 1,8 Prozent? Ich meinte die Umfragewerte, die offensichtlich zu grandiosem Populismus führen.

(Heiterkeit bei der SPD – Otto Fricke [FDP]: Ach so, Sie machen Politik nach Umfragen!)

Ich finde schon, dass Sie darüber nachdenken sollten, was Sie hier sagen.

Es ist doch hoffentlich richtig, dass wir alle der Meinung sind, dass Steuereinnahmen kein Selbstzweck sein dürfen. Es gibt nicht *die* Politik, die irgendwie Geld einsackt. Diesen Eindruck haben Sie aber doch vermittelt.

(Otto Fricke [FDP]: Wer tut es denn sonst?)

Sie schneiden sich damit, was das Demokratieverständnis angeht, mittelfristig übrigens ganz übel in Ihr eigenes Fleisch.

(B)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Es geht bei den Steuereinnahmen darum, dass wir als Staat dafür sorgen müssen, dass zum Beispiel die Kommunen ihre Aufgaben mit dem Geld, das sie haben, auch wahrnehmen können.

(Otto Fricke [FDP]: Aha!)

Hier geht es auch um Chancen für Menschen, beispielsweise durch Bildung, und um Wirtschaftsentwicklung. Das sind die Aufgaben, die wir erfüllen müssen. Ich finde, Häme ist hier fehl am Platz.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Dr. Volker Wissing [FDP]: Wer zeigt denn hier Häme? – Otto Fricke [FDP]: Wer redet denn hier von 1,8 Prozent und gleichzeitig gegen Häme? Peinlich!)

Steuerpolitik muss sich durch Verlässlichkeit und Stabilität auszeichnen – und dieser Haushalt auch.

Lassen Sie mich noch eine Anmerkung zur Ausgabenseite machen. Ich frage mich ernsthaft, worin die Logik bzw. die Stringenz besteht, wenn diese Koalition wider besseres Wissen Ausgaben für das Betreuungsgeld in Höhe von jährlich 2 Milliarden Euro beschließt.

(Dr. Dietmar Bartsch [DIE LINKE]: Schwachsinn!)

Ich will den bildungspolitischen Irrsinn, den Sie hier betreiben, nicht beschreiben; darüber ist oft genug geredet worden. Lassen Sie mich das aber einmal finanzpolitisch anschauen: Wir geben im Moment und ab 2013 dauerhaft 770 Millionen Euro pro Jahr an die Länder, um damit – über die Umsatzsteuer – den Ausbau der Kinderbetreuung mitzufinanzieren. Diese Verantwortung haben wir in der Großen Koalition gemeinsam übernommen. Dass Sie aber gleichzeitig 2 Milliarden Euro ausgeben, um das Gegenteil zu erreichen, (C)

(Joachim Poß [SPD]: Grotesk!)

indem Sie Anreize setzen, die Kinderbetreuung nicht zu nutzen, ist so widersprüchlich, dass einem die Haare hochstehen. Ich verstehe das nicht.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dass die FDP, die sich einmal die Bildungspolitik auf die Fahnen geschrieben hatte, dem auch noch zustimmt, schlägt dem Fass den Boden aus. Das ist nur noch durch die Tatsache erklärbar: Gibst du mir, geb ich dir. So kommen dann am Schluss große Summen heraus, die verpulvert werden.

Sie vernachlässigen im Übrigen auch die Basis, auf der Steuern gezahlt werden; das kommt noch dazu. Es gehört auch zu einer Haushaltsdebatte, zu sagen: Wir achten darauf, dass die Steuermehreinnahmen stabil sind und die Löcher, die die Große Koalition beispielsweise durch die Unternehmensteuerreform geschlossen hat, nicht wieder aufgerissen werden. Sie haben ganz still und heimlich durch mehrere Gesetze wieder die Möglichkeit eröffnet, Gewinne über die Grenzen zu schaffen, und damit wieder Löcher aufgerissen. (D)

(Klaus-Peter Flosbach [CDU/CSU]: Konkret werden!)

– Ein Beispiel ist die Funktionsverlagerung. Wir hatten dazu gemeinsam eine Anhörung, Herr Flosbach. Die Kommunen haben gesagt: Durch diese Funktionsverlagerung wird uns über 1 Milliarde Euro fehlen. Das kann man in den Protokollen zur Anhörung nachlesen. Sie haben sich diesen Argumenten verweigert und die entsprechenden Regelungen in ein Post-Umsatzsteuergesetz gepackt, damit es niemand merkt. Das wollen wir hier nur einmal festhalten.

Sie haben bei der Brennelementesteuer wider besseres Wissen darauf verzichtet, eine konkrete Vorlage zu machen, die wirklich gerichtsfest ist. Stattdessen sagen Sie immer: Da wird schon nichts passieren.

(Otto Fricke [FDP]: Sie wollen sie doch erhöhen!)

Wir hoffen nun, dass die Gerichte entsprechend entscheiden.

Das sind einige der Punkte, mit denen Sie an die Bemessungsgrundlage herangehen. Ich sage Ihnen: Solide Haushaltspolitik basiert auch auf einer stringenten Steuerpolitik. Davon sind Sie weit entfernt. Deshalb kann auch dieser Haushalt nichts werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)